

Entscheidung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die kommunalpolitischen Aufgaben für das Jahr 1950

Nach dem grundlegenden Referat des Genossen Willi Barth nahm der Parteivorstand auf seiner Sitzung am 10./11. Januar 1950 folgende Entscheidung über die kommunalpolitischen Aufgaben für das Jahr 1950 an. Das gründliche Studium dieser Entscheidung, die Einleitung und Durchführung der darin gestellten Aufgaben ist nicht nur Angelegenheit einer Abteilung oder der auf kommunalpolitischem Gebiet tätigen Genossen. Die Gesamtpartei muß die kommunalpolitischen Aufgaben dieser Entscheidung erfüllen.

Aus dem Bericht der Abteilung Kommunalpolitik beim Parteivorstand ergeben sich zur Unterstützung der Arbeit auf kommunalpolitischem Gebiet für die Partei folgende Aufgaben:

1. Herstellung der Verbindung zwischen Gemeindeverwaltung und Vertretung und den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur praktischen Mithilfe bei der Mobilisierung der Bevölkerung und der Durchführung der kommunalen Aufgaben.

2. Verbesserung der Blockpolitik und die Durchführung der zentralen Blockbeschlüsse vom 30. November 1949 zur weiteren Demokratisierung der Gemeindevertretungen und ihrer Ausschüsse. Persönliche Verantwortung der Gemeindevertreter bei der Durchführung der Beschlüsse der Gemeindevertretung.

3. Breite Entfaltung einer Berichterstattungskampagne in allen Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik als neue Arbeitsmethode in der Verwaltung und zur Verstärkung der demokratischen Kontrolle der Verwaltung durch die Bevölkerung. Die Kampagne soll im März d. J. durchgeführt werden. Zu ihrer Vorbereitung wird Anfang Februar der kommunalpolitische Beirat zusammengerufen.

Die kommunalpolitische Abteilung beim Parteivorstand wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Massenagitation Material zur Unterstützung dieser Kampagne herausgeben.

In den Berichterstattungsversammlungen werden die Fragen, die für die Unterstützung der Durchführung unseres Wirtschaftsplanes durch die Verwaltung und Bevölkerung von Bedeutung sind, behandelt, sowie die jeweiligen wesentlichen örtlichen Probleme in den Gemeinden.

4. Stärkere Unterstützung der Durchführung unseres Wirtschaftsplanes durch die Aufstellung von Zusatzplänen in allen Gemeinden unter Ausnutzung der örtlichen Reserven und unter aktiver Anteilnahme der Bevölkerung bei der Aufstellung und Erfüllung der Zusatzpläne.

5. Weitere Entrümmung der Städte und Dörfer; Instandsetzung und Neuerstellung von Wohnhäusern. Erschließung der lokalen Reserven zur Entwicklung neuer Baustoffe und vermehrte Anwendung der Naturbauweise. Gerechte Wohnraumverteilung unter besonderer Berücksichtigung der Umsiedler.

6. In den KWU. ist der Leistungslohn unter Zugrundelegung technischer Arbeitsnormen anzuwenden und die Aktivistenbewegung zur Leistungssteigerung und Verbesserung der Qualität zu entfalten. Übertragung der betriebswirtschaftlichen Grundsätze und des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft auf die KWU.

7. Verbesserung der demokratischen Kontrolle bei der Aufstellung und Durchführung der Gemeindehaushaltspläne zur Erreichung besserer Finanzdisziplin der Gemeinden, Einsparung von Mitteln durch Zusammenlegung von verwaltungsschwachen Gemeinden.

8. Durchführung der Kulturverordnung der DWK vom 31. März 1949. Die Entwicklung der Kulturräume der MAS zum kulturellen Mittelpunkt des Dorfes. Die grundlegende Verbesserung der Schulverhältnisse, die Einrichtung von Bibliotheken und Lesestuben unter Mithilfe des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, der Freunde der neuen Schule und der übrigen Massenorganisationen.



So ist es richtig, Genossen! Die Gewerkschaftswahlen sind all im vollen Gange. Eine vorbildliche Propaganda zeigen die Arbeiter der SAG Schäffer & Budenberg, Magdeburg, die an ihrem Betrieb die richtige Lösung anbrachten. Sie erfüllen die Forderung des Tages, indem sie den 19jährigen Aktivisten Ernst Büchner als Kandidaten zur BGL vorschlugen, der sich dafür einsetzen will, daß die Jugendlichen des Betriebes gut lernen und erstklassige Facharbeiter werden. Mehr Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Intelligenz! Sie zu organisieren und ein Aktiv der technischen Intelligenz zu gründen, hat sich der Kandidat der BGL Ingenieur Willi Z i m e r m a n n vorgenommen. Und auch die Frauen sind nicht vergessen: Die parteilose technische Sachbearbeiterin Frieda S c h m i d t ist Kandidatin der AGL im Armaturenbau. (Aufn. Hensky)